

Atomausstieg ohne Plan

Von Iwan Städler. Aktualisiert am 16.04.2012 [266 Kommentare](#)

Quelle: der Bund

Link: <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Atomausstieg-ohne-Plan/story/19031986>

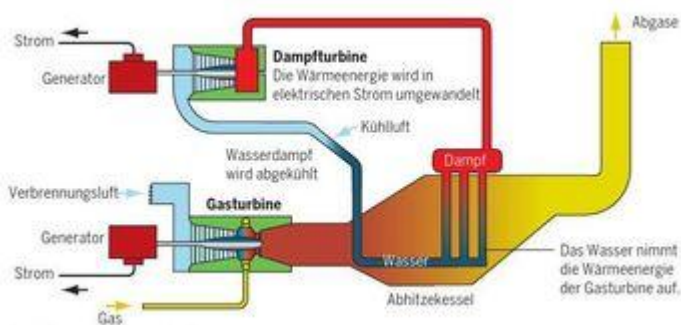
Datum: 16.04.2012

Weil alternative Energien weniger bringen als erhofft, weicht Doris Leuthard auf Gaskraftwerke aus. Dies verursacht mehr CO₂ und höhere Kosten.



Aus dieser Anlage soll ein Gaskombikraftwerk werden: Das ehemalige Ölkraftwerk in Chavalon VS.

Bild: Alessandro Della Bella/Keystone



So funktioniert ein Gas- und Dampfkombikraftwerk. (Bild: TA-Grafik ib / Quelle: Kraftwerkforschung)

Der Atomausstieg wird schwieriger als erhofft. Denn die ursprünglichen Annahmen des Bundes haben sich teilweise als Wunschdenken herausgestellt. So räumt das Bundesamt für Energie zum Beispiel dem Ausbau der Wasserkraft nur noch halb so viel Potenzial ein wie vor einem Jahr. Und die Wärme-Kraft-Koppelungsanlagen (kleine Gaskraftwerke, die sowohl Strom als auch Fern- oder Nahwärme produzieren) geben ebenfalls massiv weniger her als ursprünglich angenommen.

Der **Bundesrat** muss daher über die Bücher. Am Mittwoch wird er voraussichtlich ein erstes Mal über die neue Ausgangslage diskutieren und erörtern, was dies für die geplante Energiewende bedeutet. Zuvor möchte das Departement Leuthard nicht über seine Vorschläge sprechen. Doch was die Zeitung «Sonntag» als «Geheimpapier» bezeichnet, wurde gestern gleich in drei Blättern auf der Titelseite ausgebreitet. Demnach schlägt Energieministerin **Doris Leuthard** den Bau von Gaskraftwerken vor – wobei sich die drei Zeitungen nicht ganz einig sind, auf wie viele Werke es hinausläuft. «Vier Gaskraftwerke sollen die AKW ersetzen», titelt der «Sonntag». «Leuthard will fünf neue Gaskraftwerke», schlussfolgert die «SonntagsZeitung». Und die «NZZ am Sonntag» will wissen: «Bundesrätin Leuthard plant bereits sechs Gaskraftwerke.» Das erste soll bis 2020 gebaut werden, vier oder fünf könnten bis 2050 nötig werden.

Bedarf vor allem im Winter

Leuthards Mediensprecher Dominique Bugnon mag sämtliche Angaben weder bestätigen noch dementieren. Laut einer Präsentation der Beratungsfirma Prognos, die der «Sonntag» publik machte, wären übers ganze Jahr betrachtet lediglich zwei bis drei Gaskraftwerke notwendig. Im Winter hingegen brauche es mehr Anlagen, nämlich vier bis fünf. Herrscht kein Strommangel, sollen die Werke nicht laufen, um den CO₂-Ausstoss tief zu halten.

Die Elektrizitätskonzerne wollen sich allerdings nicht vorschreiben lassen, wie viel Strom mit welchen Anlagen sie wann zu produzieren haben. «Es wäre wenig sinnvoll, politisch festzulegen, wie viele Gaskraftwerke wir brauchen», sagt BKW-Konzernleitungsmitglied Samuel Leupold. Das müsse der Markt bestimmen. Der Bund könne aber durch bessere Rahmenbedingungen auf Gaskraftwerke hinarbeiten – insbesondere, wenn er eine Kompensation des CO₂-Ausstosses durch internationale Zertifikate zulasse. Darauf pochen auch Alpiq und Axpo, wobei Letztere den Bau von Gaskraftwerken in den nächsten fünf Jahren für unwirtschaftlich hält.

Mehr Geld zur Förderung von erneuerbaren Energien

Am weitesten fortgeschritten ist derzeit das Projekt der EOS-Gruppe in Chavalon VS. Dort ist im ehemaligen Ölkraftwerk ein Gaskombikraftwerk geplant. Noch ist aber offen, ob es wirklich gebaut wird. Es dürfte 50 Prozent seines CO₂-Ausstosses im Ausland kompensieren. In Deutschland sind trotz grosszügigeren Kompensationsregeln diverse Projekte aufgegeben worden.

Nebst Gaskraftwerken plant Leuthard laut übereinstimmenden Berichten in den Sonntagszeitungen auch mehr Geld für die Förderung von erneuerbaren Energien sowie von besseren Isolationen bei Gebäuden. Die Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm sollen zum Beispiel auf jährlich 600 Millionen Franken verdoppelt werden. Offen ist, inwiefern sich die Kantone hier beteiligen werden.

20 Prozent höhere Stromtarife

Insgesamt will Leuthard jährlich über eine Milliarde Franken für die Energiewende ausgeben. Finanziert werden soll dies laut der «NZZ am Sonntag» durch einen Zuschlag von 1,82 Rappen pro Kilowattstunde. Insgesamt betragen die Mehrkosten beim Strom rund 20 Prozent – deutlich mehr als vor einem Jahr erwartet. Nicht eingerechnet sind darin die Kosten für den Netzausbau.

Auf eine ökologische Steuerreform will Leuthard dagegen laut «SonntagsZeitung» verzichten. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hingegen lässt eine solche Reform weiterhin prüfen. Sollten sich Bundesrat, Parlament und Volk dafür entscheiden, könnte am Ende doch noch auf das eine oder andere Gaskraftwerk verzichtet werden. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 15.04.2012, 22:34 Uhr